57. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 362
Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Donnerstag, 2. August 1928
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Japans Antwort an Nanking.

Die Eröffnung der Kuomintang-Tagung.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

SCHANGHAI, 2. August.

Die Vertragsmächte, die bisher zur Vertragsrevisionspolitik Nankings Stellung genommen haben, erklären sich im Prinzip zur Revision auf der Grundlage der Gleichberechtigung bereit, aber unter ausdrücklichem Vorbehalt der Meistbegünstigungsklausel. Infolgedessen ist die gestrige streng ablehnende Antwortnote Japans auf die Mitteilung Nankings für die weitere Entwicklung entscheidend. Die Note weist darauf hin, dass Japan eine einseitige Abschaffung des Vertrages vom juristischen Standpunkt aus nicht annehmen könne, und betont gleichzeitig die Bereitwilligkeit Japans zu einer Wiederaufnahme von Verhandlungen, wenn die Nanking-Regierung ihre gegenwärtige Haltung aufgebe. Sollte sie sich aber hierzu nicht verstehen, so würde Japan sehr gegen seinen Willen zu einschneidenden Massnahmen zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Vertrages für weitere zehn Jahre gezwungen werden.

Dem Aussenminister C. T. Wang wird vorgeworfen, seine Abrogationspolitik habe in Japan den Befürwortern einer sympathischen Haltung gegenüber dem nationalistischen China den Wind aus den Segeln genommen. Tatsächlich ist dieser Tage der sensationelle Uebergang eines einflussreichen japanischen Staatsmannes von der Opposition zu Tanaka erfolgt, der mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer festen Haltung gegenüber China begründet wurde.

LONDON, 2. August.

Der grosse Kuomintang-Kongress in Nanking hat gestern begonnen. Tschiangkaischek und die Regierung bereiteten General Feng, Litschaisum (Kanton) und Sunlitschung (Hankau) bei ihrer Ankunft in Nanking einen grossen offiziellen Empfang. Am Abend fand ein offizielles Regierungsbankett statt. Die Tagung des Vollzugsausschusses der Kuomintang wurde in Anwesenheit von nur 24 Mitgliedern, grösstenteils Politiker und bekannte militärische Machthaber, eröffnet. Kein grosser Geschäfts- und Finanzmann war zugegen. Gleichzeitig mit der Eröffnung dieser für die Entwicklung des jungen Chinas wahrscheinlich entscheidenden Sitzung wurde von dem Wiederaufbaukomitee der Regierung ein Plan zum Ausbau Nankings zur Hauptstadt des neuen Chinas vorgelegt. 125 Millionen Mark werden hierzu bereitgestellt werden. Auf einem der Hügel im südlichen Stadtteile Nankings soll mit einem Kostenaufwand von 6½ Millionen Mark ein mächtiges Mausoleum für Sunjatsen errichtet werden. Von dem Nankinger Hafen soll ein neuer breiter Weg bis zum Mausoleum führen. Gleichzeitig empfiehlt das Komitee den Frauen die Abschaffung der Ohrringe, da diese ihr Aussehen nicht unbedingt verbesserten und lediglich eine kostspielige Sitte darstellten.

Kroatiens Kampf gegen Belgrad.

Die Beschlüsse des Agramer Oppositionsparlaments.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

BELGRAD, 2. August.

Ueber die Tagung der kroatischen Abgeordneten in Agram wurde ein Communiqué ausgegeben, in dem es unter anderem heisst, die Hauptstadt Kroatiens sei Agram. Die Opposition sei die Vertreterin des ganzen kroatischen Volkes und aller Teile des serbischen und slowenischen Volkes, die mit ihm den gemeinsamen Kampf für Gleichheit und Gleichberechtigung und für die Rechte des Bauernvolkes führen. Die Koalition habe den legalen Kampf im Parlament gegen das System der Hegemonie führen wollen, sei aber daran durch die organisierten Attentate in der Skupschtina am 20 Juni verhindert worden. Sie habe nach diesem in der Geschichte beispiellosen Ereignis Belgrad verlassen und jede Beziehung mit den Parteien abgebrochen, die die heutige Hegemonie in der Skupschtina vertreten.

In dem Communiqué (dessen Inhalt wir teilweise bereits heute früh mitteilten. Die Red.), heisst es im einzelnen noch: Da die serbische Hegemonie in Belgrad weiterherrscht, ist beschlossen worden, erstens, dass die heutige Skupschtina nicht bevollmächtigt ist, Gesetze für das ganze Land zu erlassen und dass ihre Gesetze als null und nichtig zu betrachten sind für das Volk in den neugewonnenen Gebieten, die von der Koalition vertreten werden. Zweitens wird festgestellt, dass die Königreiche Kroatien und Montenegro und alle sonstigen Gebietsteile, die in den südslawischen Staatenverband eingetreten sind, nicht ihrer historischen, staatsrechtlichen und nationalpolitischen Individualität zugunsten eines einzelnen Landes, also Serbiens, entsagten, sondern nur zum Vorteil des Staatsganzen. Da der Staatsakt vom 1. Dezember 1918 und die Verfassung aber von Serbien für Hegemoniezwecke benutzt wurden, wird erklärt, dass das Volksgewissen die heutige Staatseinrichtung als vernichtet betrachtet und dass die Koalition den allerschärfsten Kampf für eine neue Staatseinrichtung, die die Gleichberechtigung aller Volksindividualitäten sichert, führen wird. Schliesslich werden alle politischen Parteien in den neugewonnenen Gebieten und das serbische Bauernvolk aufgerufen, an der Aktion für die Gleichberechtigung bis zum endgültigen Sieg teilzunehmen, was einzig noch den Staat retten könne.

Pribitschewitsch, der die Oppositionstagung leitete, gedachte zunächst des erkrankten Raditsch und fuhr dann fort, dass die Erwartungen getäuscht worden seien, die man in den Zentralismus gesetzt habe, der zur Herrschaft Serbiens geführt und den Staat an den Rand der Katastrophe gebracht und selbst Serben mit Serben verfeindet habe. Die Serben in den neuen Gebieten müssten, um den Staat zu retten, mit den Kroaten zusammengehen.

Der Kampf gelte nicht der Zertrümmerung des Staates, sondern der Niederwerfung der serbischen Hegemonie und der Aufrichtung, der Gleichberechtigung, besonders Kroatiens.

Nach stürmischem Beifall wurde dann einstimmig die oben erwähnte Entschliessung angenommen.

Während der Tagung der bäuerlichen Koalition war die Agramer Bürgerschaft auf den Beinen. Es kam zu stürmischen Kundgebungen. Man hörte Rufe: „Es lebe der kroatische Sabor", also das Parlament; „Es lebe der kroatische Staat"; „Es lebe das freie Kroatien"; „Es lebe Raditsch und Pribitschewitsch". Die Menschenmassen stimmten auf dem Markusplatz die Kroatenhymne an: „Noch ist Kroatien nicht verloren", und ferner das Lied: „Unser schönes Vaterland". Als die Abgeordneten stürmische Hochrufe auf Raditsch ausbrachten, nahm die wartende Menschenmenge die Hochrufe begeistert auf.

Ueber die Aufnahme der Entschliessung in Belgrader Regierungskreisen ist bisher nur zu erfahren, dass die Regierung erst den offiziellen Wortlaut der Entschliessung abwarten will. Die Lage ist jedenfalls insofern geklärt, als nunmehr die kroatische Opposition sich ausgesprochen hat. Die Ruhe wurde in Agram nicht gestört.

Streikgefahr im polnischen Kohlengebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

KATTOWITZ, 2. August.

Im gesamten polnischen Bergbau ist eine grosse Lohnbewegung im Gange, in die nunmehr, da Streikgefahr vorliegt, die Regierung eingegriffen hat. Vertreter des Warschauer Arbeitsministeriums verhandelten mit den Industriellen des oberschlesischen, Krakauer und Dombrowaer Kohlengebiets und suchten die Industriellen zu gewissen Zugeständnissen an die Arbeiterschaft zu bewegen; doch sind die Verhandlungen bisher ergebnislos verlaufen. Auch die Bauarbeiter der Hüttenindustrie Polnisch-Oberschlesiens verlangen eine Lohnerhöhung von zwanzig bis dreissig Prozent und Einführung des Achtstundentages. Sollten die Industriellen die Forderung ablehnen, so wollen die Bauarbeiter am 4. August in den Streik treten.

Kampf um Helgoland.

Streit um den Inselschutz. — Das grosse Staatsprojekt. — Insularer Partikularismus. Die Autorität des Staates.

Von unserem Korrespondenten
Dr. Alfred Frankenfeld.

HAMBURG, im Juli.

Dieser Kampf um Helgoland geht letzthin um seine wirtschaftliche Existenz, jedenfalls um die wirtschaftliche Blüte eines grossen Teiles seiner Bewohner, die sich auf den hohen Ruf Helgolands als weltbekanntes Seebad gründet. Denn es ist ein Kampf um die Sicherheit dieser Felseninsel und ihres Lebensnervs — der berühmten Badedüne. Merkwürdig genug: alle sind sich im Grunde einig, Insulaner, Gemeinde und Staat, dass unbedingt neue Sicherheiten vor neuen Sturmfluten geschaffen werden und dass dieses so schnell und so stark als möglich geschehen müsse. Aber man streitet und kämpft erbittert um das Recht und Eigentum am neuen Bau bereits seit zwei Jahren, nachdem die verheerenden Sturmfluten vom Oktober 1926 für Insel und Düne gewissermassen eine bedrohliche letzte Mahnung waren, von allen endlosen Projekten neuer Schutzbauten zu praktischen Taten überzugehen.

Allein, obwohl seit dieser Zeit viel von den schweren Gefahren gesprochen und geschrieben wurde, denen Helgoland damals mit knapper Not entgangen sei — Zerreissung der Badedüne in zwei Teile, völliges Versinken der Sandbänke, zunehmendes Abbröckeln des Unterlandes, weitgehende Vernichtung wertvoller Anlagen zum Hummerfang — ist bisher praktisch nichts geschehen. Der alte jahrelange Streit um die Schutzprojekte dauert noch immer fort. Interne Zwiste innerhalb der eigensinnigen Insulaner-Vertretung erschwerten ohnehin das Zustandekommen einheitlicher Vorschläge, und zwischen Gemeindeverwaltung, Landrat, Regierungspräsidium und Ministerium herrschte längere Zeit hindurch der unerfreulichste Zustand ziemlich planloser, jedenfalls erfolgloser Debatten um Zuständigkeits- und Finanzierungsfragen.

Erst das neuerliche organische Eingreifen des preussischen Landwirtschaftsministeriums schien geeignet, dem zwecklosen Hin und Her ein Ende zu bereiten. Sein grosszügiger Inselschutzplan räumte die bisherigen Projekte beiseite, begründet auf den klaren Entwurf eines ausführlichen, die letzten Einzelheiten regelnden Vertrages, den der preussische Staat mit der Gemeinde Helgoland abzuschliessen bereit war. Danach versprach Preussen den Insulanern den Bau eines grosszügigen Schutzwerkes für das sogenannte Helgoländer Unterland, der noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden sollte, versprach ferner den Neubau eines modernen Befestigungs- und Wellenbrecherwerkes für die bedrohte Badedüne; auch dieser Bau sollte sofort nach Bereitstellung der hierzu erforderlichen erheblichen Mittel, die der preussische Finanzminister in Aussicht stellte, in Angriff genommen werden. Für beide modernen neuen Schutzwerke, die für die Dauer berechnet waren, wollte der Staat die Unterhaltungskosten tragen, wogegen Helgoland zu gewissen, genau festgesetzten Beträgen verpflichtet sein sollte. Alle bisherigen Vereinbarungen zwischen Staat und Gemeinde sollten durch diesen endgültigen Vertrag ersetzt, alle finanziellen Leistungen aus dem bisherigen Zustand durch das neue Uebereinkommen abgelöst werden.

Dieses grosse Vertragsprojekt, das Anfang Mai dieses Jahres vorgelegt wurde, war bereits drei Wochen später von den Helgoländern in öffentlicher Gemeindesitzung verworfen, „von der Tagesordnung abgesetzt", mit der ausdrücklichen Begründung, „man dürfe die Bevölkerung damit nicht noch mehr als schon geschehen beunruhigen." Es kam zum Konflikt in der Gemeindevertretung, da der erst kürzlich aus dem deutschen Inland auf die Felseninsel importierte energische Gemeindevorsteher, dem Beschluss seines kleinen Parlaments trotzend, auf der sofortigen Behandlung und Verabschiedung des Projektes beharrte, um dann nach der Ablehnung zu erklären, dass er gezwungen sein werde, angesichts der hohen Bedeutung der Angelegenheit sich die rechtlichen Möglichkeiten zu einer Volksabstimmung auf Helgoland über den Kopf der Gemeindevertretung hinweg zu beschaffen.

Weniger Eingeweihte werden versucht sein, zunächst an eine geradezu unverständliche Halsstarrigkeit der Helgoländer zu glauben, wenn er von dieser angeblichen tiefen Beunruhigung und Aufregung hört, die in der Bevölkerung der Insel nach Bekanntwerden der preussischen Vorschläge um sich gegriffen haben soll.

Es ist nun überaus charakteristisch für die Mentalität dieser Insulaner, die ganz zweifellos noch immer zu einem